

ND 207/82

Düsseldorf, 24. September 1982

Kanzler-Antwort an DGB-Vorsitzenden:

Mit Nachdruck für Abschaffung chemischer Waffen

"Rechtliche Grundlagen", die vom NATO-Bündnis bereits in der Gründerzeit der Bundesrepublik Deutschland geschaffen wurden, verhindern nach Angaben von Bundeskanzler Helmut Schmidt die von Gewerkschaften und breiten Bevölkerungskreisen geforderte sofortige Auflösung amerikanischer C-Waffen-Lager auf dem Bundesgebiet. In einem am Freitag in Düsseldorf veröffentlichten Antwort-Schreiben des Kanzlers an den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ernst Breit, hob Schmidt hervor, daß auch er die Sorge um eine mögliche Gefährdung der Bevölkerung durch diese C-Waffen-Lagerungen teile, und bekräftigte zugleich die Bemühungen der Bundesregierung zur "endgültigen Vernichtung und Abschaffung aller chemischen Waffen". Dafür werde er sich auch persönlich weiterhin "mit allem Nachdruck" einsetzen.

Der Bundeskanzler dankte in diesem Zusammenhang dem Deutschen Gewerkschaftsbund für seine Unterstützung der Abrüstungsbemühungen der Bundesregierung, die auf ein umfassendes, kontrollierbares Verbot von chemischen Waffen und damit die weltweite Abschaffung "dieser schrecklichen Waffen" abzielten.

"Gerade im Bereich der chemischen Waffen haben wir jedoch erfahren müssen," fügte Schmidt hinzu, "daß eine allgemeine kontrollierte Abrüstung durch einseitige Maßnahmen allein nicht zu erreichen ist. Obwohl nämlich die Bundesrepublik Deutschland schon 1954 auf die Herstellung von chemischen Waffen völkerrechtlich wirksam verzichtet hat, bleibt unser Land bedroht durch ein großes und in aktiven Produktionsstätten der Sowjetunion ständig ausgebautes Potential sowjetischer chemischer Waffen."

In seinem Schreiben an den Kanzler hatte DGB-Vorsitzender Breit am 7. September 1982 die Bundesregierung aufgefordert, geeignete Schritte einzuleiten, daß die chemischen Kampfstoffe vom deutschen Boden abgezogen bzw. vernichtet werden. Der DGB-Vorsitzende bezog sich dabei auf einen Beschluß des 12. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses, in dem der Abtransport oder die Vernichtung des von den Amerikanern in der Bundesrepublik gelagerten Giftgases verlangt wird.

Achtung Redaktionen:

Bei der DGB-Bundespressestelle liegt zum Abruf bereit
Berufliche Bildung / Kurzinformation